

Ulrich Brand/Helmut Kramer (Wien)

Für eine kritische Politikwissenschaft. Anmerkungen zu Thomas Königs Essay „Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft“

Die Motivation zu allgemeinem Nachdenken über Politik im allgemeinen ist ganz und gar keine allgemeine, sondern entsteht aus dem mitunter verzweifelten Verlangen, jenem Spiel von Macht und Streben, das uns an zerklüfteten Orten umgibt, einen Sinn abzurufen. (Clifford Geertz 1996, 16)

Dieser Diskussionsbeitrag befasst sich kritisch mit Thomas Königs Versuch einer Bewertung der österreichischen Politikwissenschaft (veröffentlicht in Heft 1/2011 der ÖZP). Wir halten den Großteil seiner Vorschläge für eine Neukonzeptualisierung der Disziplin nicht für zielführend, weil sie im Wesentlichen nur auf eine organisatorische und technische Professionalisierung und Modernisierung der Disziplin, auf eine Anpassung an das angelsächsische Modell, hinauslaufen würden. Stattdessen plädieren wir für ein plurales Wissenschaftsverständnis, in dem sich unterschiedliche Perspektiven und Praxen von Wissenschaft in ihrer Vielfältigkeit gegenseitig akzeptieren.

*Keywords: Politikwissenschaft in Österreich, Forschungspolitik, Sozialwissenschaften
Political Science in Austria, research policy, social sciences*

1. Einleitung¹

Nach einer Pause von 15 Jahren eröffnen Thomas König und Tamara Ehs in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft wieder einen Diskurs über Geschichte, Ausrichtung und Zielsetzungen der österreichischen Politikwissenschaft.² Tamara Ehs setzt sich in ihrem Beitrag mit den Ursprüngen der Politikwissenschaft in Österreich, mit der Institutionalisierung der Staatswissenschaften und deren Aufgehen in die Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg auseinander und argumentiert, dass ein historischer Rückblick „viel über das demokratisierende Potenzial einer breit angelegten Wissenschaft und die entsprechenden Verhinderungstaktiken lehrt“ (Ehs 2010, 238). Thomas Königs Beitrag ist ein ambitionierter Versuch, eine Diskussion über die „praktischen Existenzbedingungen und Zukunftschancen der Disziplin“ zu stimulieren (König 2011, 81).³

König geht in seinem Essay davon aus, dass die unbestreitbaren Erfolge und die breite Akzeptanz als Studienfach sowie als legitimer Bereich der politischen Expertise in der Öffentlichkeit dazu geführt haben, dass gravierende Defizite und Strukturprobleme der Politikwissenschaft nicht mehr thematisiert würden. Vor allem weisen sie ein weniger aktives Forschungsprofil als andere sozialwissenschaftliche Fächer in Österreich auf; Publikationen von österreichischen PolitikwissenschaftlerInnen seien in den maßgeblichen internationalen Fachzeitschrif-

ten wenig vertreten und deren Forschungsergebnisse im Ausland nur selten zitiert. Entsprechend argumentiert er für verstärktes Publizieren in internationalen, vor allem englischsprachigen begutachteten Zeitschriften und plädiert für eine aktivere Rolle der Politikwissenschaft im interdisziplinären Verteilungskampf um Forschungs- und Projektfinanzierung sowie weiters, dass „die österreichweite Studienarchitektur ebenso wie die institutionelle Verfasstheit der Disziplin zu überdenken [wäre]“ (ebd. 86).

Zweifellos spricht König in seinem Essay wichtige Fragen an, die ausführlich zu diskutieren sind. Wenngleich wir mit einigen Punkten in seinem kritischen Blick auf die Politikwissenschaft in Österreich übereinstimmen, halten wir den Großteil seiner Vorschläge für eine Neukonzeptualisierung der Disziplin nicht für zielführend, weil sie im Wesentlichen nur auf eine organisatorische und technische Professionalisierung und Modernisierung der Disziplin, auf eine Anpassung an das angelsächsische Modell hinauslaufen.

Dieser Beitrag soll nun keine weitere Bestandsaufnahme der Politikwissenschaft in Österreich (vgl. hierzu v.a. Sickinger 2004 und König 2010) darstellen, sondern zum einen die aktuellen wissenschaftspolitischen Kontexte kritisch reflektieren und andererseits die Annahmen unseres eigenen wissenschaftlichen Tuns, das sich einer kritischen Politikwissenschaft verpflichtet fühlt, explizit machen. Wir plädieren für ein plurales Wissenschaftsverständnis, in dem sich unterschiedliche Perspektiven und Praxen von Wissenschaft in ihrer Vielfältigkeit gegenseitig akzeptieren.

2. Wissenschaft als plurales Projekt

Thomas Königs zentrale These lautet, dass „das Projekt der Disziplin Politikwissenschaft auf seltsame Art und Weise unvollständig bleibt“ (ebd. 86), da es keine innerdisziplinären Diskussionszusammenhänge gäbe und zwischen den Standorten zu wenig kommuniziert würde. In der Tat: Kommunikationsstrukturen zwischen den Standorten und an den Standorten sowie zwischen nicht-akademischen wissenschaftlichen Organisationen können verbessert werden. Das ist immer wichtig und richtig – insbesondere im Bereich der Lehre und hinsichtlich des wissenschaftspolitischen Lobbyings. Viele Handlungsoptionen liegen auf der europäischen und internationalen Ebene und die von Thomas König festgestellte Schwerpunktsetzung hat zu Spezialisierungen und zu verschiedenartigen Formen von Netzwerken geführt. Ein einheitliches „Projekt der Disziplin Politikwissenschaft“ kann es bestenfalls in der Werbung um öffentliche und inneruniversitäre Aufmerksamkeit sowie um finanzielle Mittel geben, jedoch nicht in der Gesamtheit des Faches. Wissenschaft als Projekt ist notwendigerweise plural, sind doch die konkreten Fragestellungen, methodischen Ansätze, ontologischen und epistemologischen Annahmen sowie die Erkenntnisinteressen unterschiedlich. Das betrifft auch die Theoriearbeit: „Theorien sind niemals ‚neutral‘ oder gar ‚objektiv‘, auch sie bilden spezifische Interessenlagen ab, sind also als ‚interessengeleitete Diskurse‘ freizulegen.“ (Kreisky 2011) Für eine detaillierte Bestandsaufnahme der Politikwissenschaft in Österreich würden sich daran Fragen nach den spezifischen Praxen unterschiedlicher Strömungen, aber auch nach Dominanzansprüchen und -verhältnissen anschließen.

Wissenschaft ist die Summe der Projekte von WissenschaftlerInnen, die sich an unterschiedlichen Paradigmen orientieren, in Netzwerke einschreiben und hier gemeinsam „grundlegend“ und „angewandt“ forschen. Eine Erfahrung innerhalb der deutschen Politikwissenschaft in den vergangenen Jahren – und dort insbesondere in den Teildisziplinen Politische Theorie und Inter-

nationale Beziehungen – besteht darin, dass sich Machtansprüche bestimmter Strömungen durchsetzen und andere, insbesondere kritische Ansätze ausgegrenzt werden (vgl. hierzu Abschnitt 4). Von *einem* Projekt zu sprechen, impliziert immer die Gefahr der Homogenisierung, was nicht das Anliegen von Wissenschaft sein kann, und hier sollte die österreichische Politikwissenschaft ihre bisherige Pluralität bewahren.

König beklagt die zu starke disziplinäre Orientierung und das Einzelkämpfertum. Das mag es geben, aber längst nicht ausschließlich, denn de facto wird vielfach mit Nachbardisziplinen kooperiert: in der politikwissenschaftlichen Gender-, der Migrationsforschung, in den Life-Sciences-Projekten und in den Forschungen zur politischen Ökologie, um nur einige Beispiele zu nennen. Problematisch ist zudem, wie „selektiv“ König in der Beweisführung vorgeht, wenn er argumentiert, dass „der Mangel an Publikationen zeige, dass die VertreterInnen der Disziplin keine ausreichende internationale Vernetzung zu haben scheinen“ (ebd. 84). Hier wird den österreichischen PolitikwissenschaftlerInnen generalisierend unterstellt, sie würden die internationale Diskussion nicht mitbestimmen. Das wird nicht nur durch die hohe internationale Akzeptanz der österreichischen Genderforschung widerlegt.⁴ Auch in anderen Forschungsbereichen sind VertreterInnen der österreichischen Politikwissenschaft international sehr erfolgreich vernetzt, wie etwa in Studien zu Governance, Migration, Life Sciences, politische Ökologie, EU und Osteuropa/Südosteuropa.

Anerkannte und produktive Pluralität bedarf der Offenlegung von Annahmen und Interessen. Insofern ist der Hinweis von Thomas König, dass in der Politikwissenschaft in Österreich wichtige Grundsatzfragen nicht mehr diskutiert werden, weil sie quasi als Selbstverständlichkeiten aufgefasst werden, zu begrüßen. In diesem Zusammenhang sei auf den Versuch verwiesen, im letzten Jahr an der Wiener Fakultät für Sozialwissenschaften zu gemeinsamen Vorstellungen über Standards und Strategien für politikwissenschaftliche Publikationen zu gelangen. Deutlich wurde etwa, dass kein Konsens darin besteht, dass der wissenschaftliche „Output“ lediglich an Publikationen in begutachteten Zeitschriften gemessen wird. Stellen für die einen die Veröffentlichungen in SSCI-Zeitschriften eine Art „Goldstandard“ dar, sind für die anderen Publikationen in begutachteten wissenschaftlichen Zeitschriften *eine* wichtige Publikationspraxis neben Veröffentlichungen in Sammelbänden, nicht-begutachteten Zeitschriften, Lehrbüchern oder populärwissenschaftlichen Medien.

3. Kritische Politikwissenschaft

Eine sich als kritisch verstehende Politikwissenschaft zielt auf eine systematische Bearbeitung mannigfaltiger gesellschaftlicher Probleme ab, die analytisch die herrschaftlichen Problemursachen und ihre häufige Dethematisierung in den Blick nimmt. Sie ist problemorientierte Wissenschaft, und dies umso mehr angesichts der sich gegenwärtig häufenden krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklungen (sie ist aber nicht unbedingt problemlösungsorientiert). Kritik hat eine spezifische Bedeutung, die nicht lediglich in der Aufdeckung gesellschaftlicher Probleme und im entsprechenden Abstellen dieser Missstände liegt, Probleme werden in den historisch entstandenen gesellschaftlichen Strukturen verortet (vgl. Horkheimer 1937/1992, 223f.). Das impliziert die Frage, wie in den konkreten theoretischen und empirischen Arbeiten und in der Forschungskoooperation die vielfältigen Probleme in gesellschaftlichen Zusammenhängen gedacht und erforscht werden können. Denn die analytische Parzellierung in der Wissenschaft und das Ausblenden von Problemursachen ist ein Herrschaftsmodus, der über wissenschaftliche Aner-

kennung, die Vergabe von Mitteln, Stellen, Nachwuchsförderung entscheidet und nicht zuletzt mit dominanten gesellschaftlichen Interessen kompatibel ist.

Gegen den abstrakten Formalismus vieler Mainstream-Ansätze versucht kritische Wissenschaft die historischen Gewordenheiten und Erfahrungen in den Blick zu nehmen, sie ist auch und gerade wegen des Zusammenhangs der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme und ihrer Komplexität inter- und transdisziplinär. Sie intendiert, für neue Herausforderungen und Perspektiven offen zu bleiben (aktuell etwa im Bereich Migration und postkolonialer Ansätze oder in der Geschlechterforschung für queer-feministische Ansätze). Dazu bedarf es einer Reflexion und Fortentwicklung der Begriffe, Theorien und Methoden, mit denen gearbeitet wird. Kritische Politikwissenschaft darf durch ihre Analysen und in ihrer Ausbildungsfunktion keine Legitimationswissenschaft für Machtstrukturen und das Handeln von Regierungen sein, sondern hat sich an der Gewinnung und öffentlichen Verbreitung von aufklärerischem und gesellschaftskritischem Wissen zu orientieren. Sie muss daher immer Kritik an den Formen und Inhalten von praktischer Politik sein.

Damit verbunden ist, dass Politikwissenschaft, wenn sie sich als „Demokratiewissenschaft“ versteht, nicht nur die Aufgabe hat, Macht- und Herrschaftsverhältnisse kritisch zu befragen, sondern auch soziale Fantasie –, „sociological imagination“ nach C.W. Mills – einzusetzen für Entwürfe einer besseren Welt, für eine vernünftigeren und gerechteren Organisation von Gesellschaft und Politik. Die Grundpositionen einer „Demokratiewissenschaft“ formuliert Wolf-Dieter Narr wie folgt:

Wenn es richtig ist, und dieser Auffassung hängen wir mit guten Gründen an, dass Menschen das, was in ihnen an besten Möglichkeiten liegt, nur zu aktualisieren vermögen, wenn sie selbstbewusst und eigensinnig mitbestimmender Teil einer politischen Kommunität sind, [...] dann kommt es auf ein Doppelpes an: Negativ darauf, unablässig herrschaftskritisch zu äugen, dass all die groben und feinen Unterschiede zwischen den Menschen, die meist natur- und sachzwanghaft legitimiert werden, nicht dazu herhalten, dass sich herrschaftliche Institutionen herausbilden [...] Korrespondierend positiv gilt alle Phantasie und alle institutionelle Arbeit dem Wettstreit um die jeweils beste, vorsichtiger noch, die jeweils am ehesten zureichende Verfassung. (Narr 1999, 27f.)

Ähnlich wird in der Genderforschung argumentiert, die sich als „politisches Projekt, als ‚transformative Politik‘ die auf eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen und eben auch der Wissenschaft zielt“ (Kreisky/Sauer 1995, 12), versteht. Auch diese normative Setzung ist kein Konsens innerhalb der Politikwissenschaft, aber sie ist fraglos Teil eben dieser.

Ein anderer Aspekt ist die kritisch-solidarische Bezugnahme auf vom Anspruch her progressive gesellschaftliche und politische Akteure in sozialen Bewegungen, NGOs, Stiftungen, Medien, Parteien, Gewerkschaften und staatlichen Institutionen. Sozialwissenschaftliche Innovationen, insbesondere im Bereich der politischen Theorie werden meist von gesellschaftlichen Bewegungen in politischen Konfliktsituationen initiiert (von 1968 über die neuen sozialen Bewegungen bis zu den jüngsten anti-neoliberalen Protesten und der Globalisierungskritik). Hier ist auch marginalisiertes und herrschaftskritisches Alltagswissen einzubeziehen. Damit will kritische Wissenschaft auch einen Beitrag leisten, um die oft enttäuschenden Erfahrungen in herrschaftskritischen Praxen zu reflektieren. Das hat Konsequenzen für ein besonders wichtiges Analyse- und Berufsfeld der Politikwissenschaft, die Politikberatung. Unabhängige Politikberatung, wie sie kritische Politikwissenschaft versteht und anstrebt, ist keine PolitikerInnenberatung, sondern Gesellschaftsberatung (vgl. hierzu Fröschl/Kramer/Kreisky 2007).

Kritische Wissenschaft ist immer auch Selbstkritik der Politikwissenschaft. Es bedarf der stetigen Auseinandersetzung darüber, was die inhaltlichen und organisatorischen Ansprüche an kritische Wissenschaft sind. Kritik ist keine fixe Wahrheit, sondern ein Modus von Denken und Handeln, bei dem es neben Reflexivität auch um inhaltlich verbindliches Wissen innerhalb von wissenschaftlichen Diskursen und teilweise auch zwischen ihnen geht. Das muss sich plausibel bewähren, ohne gegenüber den Ausschließungs- und Machtmechanismen des akademischen und nicht-akademischen Wissenschaftsbetriebes blind zu sein.

Ekkehart Krippendorff sah bereits vor zehn Jahren eine Entwicklung – er bezieht sich hier auf Deutschland –, der zufolge die Politikwissenschaft daran orientiert sei, „einem selbst schon extrem verengten und verkümmerten spätneuzeitlichen Begriff von Wissenschaft zu genügen, sprachlich in ein Gehäuse zurückgezogen, in eine Begriffsfestung, von der aus sie die Wirklichkeit nur durch Sehschlitze wahrnimmt, also in verkümmerter, begrenzter und verkürzter Erscheinungsform“ (Krippendorff 1999, 10). Wenn wir uns einen Teil der politikwissenschaftlichen Governance-Diskussion ansehen, dann kann eine solche Reduktion der Wirklichkeitswahrnehmung durchaus konstatiert werden (vgl. etwa Mayntz 2009/2001; 2009/2005; Benz et al. 2007, 20).

Schließlich: Eine kritische Politikwissenschaft reflektiert die Bedingungen ihrer Existenz. So gibt es Analysen, welche die „EU-Forschung generell im Dienst der Produktivität bzw. der Herrschaftstechnik“ ansiedeln, in deren Kontext „kritische Projekte [...] nur sehr schwer – wenn überhaupt – zu positionieren“ (König/Kreisky 2007, 129) seien. Angesichts der „rankings mania“, so Bruno Frey in einer pointierten Analyse vom Oktober 2010, gehe es immer weniger um inhaltliche Substanz, sondern um einen quantitativ messbaren Output, nämlich Zitationen, mit dem eine Qualitätsvermutung einhergeht (Frey 2010). Diese Messungen haben Auswirkungen auf Berufungen, Forschungsgelder und die Evaluation von wissenschaftlichen Einrichtungen. Insofern teilen wir keinesfalls Königs positive Einschätzung des Bologna-Prozesses, der die ökonomistische und neoliberale Ausrichtung der europäischen Universitäten verstärkt hat (vgl. Brand 2010).

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind neben den innerwissenschaftlichen Tendenzen die zentrale Existenzbedingung von Wissenschaft allgemein. Obwohl es in den letzten Jahrzehnten zu einer Aufwertung von (verwertbarem) Wissen und in den Natur- und Technikwissenschaften zu beeindruckenden (teilweise kaum mehr kontrollierbaren) Innovationen gekommen ist, geht das nicht unbedingt mit einer höheren Reflexionsfähigkeit der Gesellschaft über ihre vielfach problematischen Entwicklungen einher. In diesem Kontext wurde Politikwissenschaft zunehmend zu Politik- und Kommunikationsberatung. Gleichzeitig nehmen Prozesse wie etwa die soziale Polarisierung, sozial-ökologische Probleme, eine Transformation der Demokratie und vieles mehr auf nationaler, auf europäischer und auf internationaler Ebene zu, die der dringenden Erforschung bedürfen.

4. Österreichische Politikwissenschaft als kritische Sozialwissenschaft

Die Bedingungen und Erfolgsaussichten einer pluralen und kritisch orientierten Politikwissenschaft sind in Österreich keinesfalls ungünstig. Wie nun die Politikwissenschaft in Österreich zu bewerten ist, ob als „kritische“ Politikwissenschaft bzw. als „kritische“ Sozialwissenschaft, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. Anton Pelinka argumentiert, dass der Begriff „kritisch“ für Politik- und Sozialwissenschaften wenig Sinn habe, da die „kritische Differenzierung

der Wirklichkeit, die ideologiekritische Skepsis gegenüber politischen Ansprüchen und Erwartungen und das Aufzeigen von Alternativen zum Status quo“ doch „zur selbstverständlichen Aufgabe der Politikwissenschaft“ gehörten (Pelinka 2004, 104). Bei einer genaueren Betrachtung der Entwicklung der Disziplin Politikwissenschaft in den meisten westlichen Staaten ist diese These jedoch kaum aufrechtzuhalten. In der Political Science in den USA dominiert eine positivistisch-empiristische Wissenschaftsauffassung, die auf eine an den Naturwissenschaften orientierte Quantifizierung und eine Orientierung an abstrakten Begriffssystemen und Gesellschaftsmodellen („Rational Behavior“) beruht. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, in der die Politikwissenschaft nach 1945 explizit als „Demokratiewissenschaft“ eingerichtet wurde, um nach der Katastrophe des Nationalsozialismus aus dem Geiste der Aufklärung heraus zu einer Etablierung einer neuen demokratischen politischen Kultur beizutragen, hat sich eine „Normalisierung“ in der Disziplin Politikwissenschaft durchgesetzt, die – so Ekkehard Krippendorff in seiner Abschiedsvorlesung an der Freien Universität Berlin – „jene geistigen Begründungen, die den Humus für ihre Kritik, weitgehend unter ihrem Empirismus und Positivismus begraben (hat)“ (Krippendorff 1999, 4). Beate Kohler-Koch, eine der führenden deutschen PolitikwissenschaftlerInnen hat vor Kurzem die sklavische Abhängigkeit der politikwissenschaftlichen Forschung in der BRD vom US-Mainstream wie folgt beschrieben: „Wir laufen Gefahr, wie Lemminge den amerikanischen Moden hinterherzulaufen, sowohl methodisch als auch thematisch“ (zit. n. Berner 2011, 77).

Dass sich nun in der Ausrichtung der Politikwissenschaft in Österreich im Gründungsjahrzehnt, aber auch bis zur Gegenwart eine kritische Grundorientierung als Teil des anerkannten Kanons durchgesetzt und sich im Wesentlichen auch über die Entwicklung zur „Normalwissenschaft“ hinaus behauptet hat, ist also keineswegs selbstverständlich. Die kritische Politikwissenschaft kann in Österreich stärker als in anderen Ländern an bestimmte historische Traditionen anknüpfen. Einerseits stützt sie sich auf die erste Generation der PolitikwissenschaftlerInnen, die den Kampf um die akademische Einrichtung und Durchsetzung des Faches im Kontext intensiver Bemühungen um Reformen im Bündnis mit sozialen Bewegungen (Frauenbewegung, Dritte-Welt-Bewegung, Ökologiebewegung) führte, aber auch an wichtigen Reformprojekten von Regierung und Bürokratie unter bestimmten Bedingungen mitzuwirken bereit war.⁵

Die Politikwissenschaft in Österreich konnte zudem an das sozialwissenschaftliche Grundverständnis und die Ausrichtung der sozial engagierten soziologischen Forschung in den 1920er und 1930er und hier insbesondere an die Arbeiten von Maria Jahoda, Paul Lazarsfeld und anderen anknüpfen. Diese Funktion als Außenseiter und „Grenzgänger“ (vgl. Schüle 2000) im Gegensatz zum universitären Establishment prägte auch die erste Generation von PolitologInnen in Österreich, die in außeruniversitären Institutionen, vor allem im von Paul Lazarsfeld initiierten und 1963 gegründeten Institut für Höhere Studien in Wien ihre politikwissenschaftlichen Karrieren beginnen konnten (vgl. hierzu Kramer 2002 und Sickinger 2004).

Diese historische Entwicklung hat bis heute wahrnehmbare Konsequenzen, auch in der Lehre. Trotz der schlechten Personalsituation der Politikwissenschaft wurde – im Gegensatz zu anderen Massenfächern an den österreichischen Universitäten – den Studierenden, die an einer intensiven Kommunikation zu den Lehrenden interessiert waren, die Möglichkeit gegeben, in ihren Seminar- und Abschlussarbeiten adäquat betreut zu werden und auch selbstgewählte Themen zu bearbeiten, mit Blick auf eine „Eigentätigkeit im Kontext von Wissenschaft und Universität sinnvoll aktiv zu werden und wieder ein Stück Identität zu gewinnen“ (Horn 1981, 16).

In diesem Sinne muss auch ein universitäres Studium angeboten werden, das nicht nur den akademischen Nachwuchs ausbildet, sondern auch Qualifikationen für unterschiedliche Berufs-

und Lebensbereiche vermittelt. Emphatisch und exemplarisch gesprochen: Wir erhöhen mit vielen Menschen, die etwa ein gut strukturiertes und anspruchsvolles Doktorat absolvieren, den gesellschaftlichen Wissensstand um komplexe Fragestellungen und verbessern gegebenenfalls auch die Möglichkeiten ihrer Bearbeitung.

5. Ausblick

Genau hinschauen
geduldig nachdenken
sich nicht dumm machen lassen
(Heinz Steinert)

Die von Thomas König formulierten Vorschläge und Postulate sind, wie in diesem Beitrag argumentiert wurde, zu sehr auf Vorstellungen über eine organisatorische und technische Professionalisierung der Disziplin Politikwissenschaft fixiert und eingeschränkt. Es ist nichts gegen internationale Vergleichbarkeit und englischsprachiges Publizieren einzuwenden. Es entwickelt sich in der österreichischen Politikwissenschaft – in unterschiedlichen Geschwindigkeiten – ohnehin eine international ausgerichtete wissenschaftliche Kultur. Doch ist der angelsächsische Wissenschaftsbetrieb selbst als internationaler Machtmodus zu begreifen, dem anderes als die Einführung vermeintlich neutraler Bewertungsmodi entgegenzusetzen ist. Zudem: Gegenwärtiger Bezugsrahmen der Politikwissenschaft in Österreich ist vor allem der deutsche Sprachraum mit einer eigenständigen Publikationskultur, die sich nur teilweise an begutachteten Zeitschriften orientiert. Das kann verändert werden, aber es bleibt unumgänglich, dass eine sich als kritisch verstehende Politikwissenschaft nicht den akademischen Moden hinterherläuft und sich nicht dem Diktat des internationalen Main- und Malestream in der Politik- und Sozialwissenschaft unterwirft.

Wir halten eine Diskussion darüber für sinnvoll und wichtig, welchen Stellenwert Wissenschaft in der Gesellschaft hat bzw. haben soll. Die Antworten werden verschieden sein. Aus unserer Sicht sollte eine akzeptierte Strömung in einer Form von Wissenschaft bestehen, die auch die grundlegenden Probleme dieser Gesellschaft als solche benennt und damit Denk- und Handlungsmöglichkeiten eröffnet, um diese Probleme gesellschaftspolitisch effektiv zu bearbeiten. Analyse der Politik, so haben wir argumentiert, bedeutet insofern Kritik an der Politik, also die Reflexion der herrschaftlichen Modi, Strukturen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in sich rasch wandelnden Zeiten. Die Politikwissenschaft hat, so gesehen, in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, angesichts der tiefen Demokratie- und Politikkrise in Österreich und im internationalen System eine beträchtliche wissenschaftliche und politische Verantwortung.

ANMERKUNGEN

- 1 Für wichtige Hinweise und Kommentare zu unserem Text danken wir Eva Kreisky, Wolf-Dieter Narr, Andrea Stangl, Kurt P. Tudyka sowie Mitgliedern des Herausgeberkomitees.
- 2 Die letzten Diskussionsbeiträge zu dieser Thematik in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft wurden von Manfred Welan (1992) und Anton Pelinka (1995) verfasst. Dass es in der Zeitschrift eine so lange Funkstille in Bezug auf Reflexionen über die österreichische Politikwissenschaft gegeben hat, hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die Rubrik „Berichte-Kommentare-Diskussionen“ im Jahre 1999 ohne Begründung aufgelassen wurde.

- 3 Königs Aufsatz ist eine Überarbeitung eines Vortrags, der anlässlich der Feier zum 40-jährigen Gründungsjubiläum der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft im Dezember 2010 in Wien gehalten wurde.
- 4 So waren die Geschlechterforscherinnen des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien zehn Jahre lang in führenden Positionen im internationalen Research Network on Gender-Politics and the State und wirkten in sechs Buchpublikationen dieses Frauenforschungsnetzwerks in englischer Sprache mit.
- 5 Am Institut für Höhere Studien in Wien wurden u.a. folgende Projekte finanziert von Bundeskanzleramt und Wissenschaftsministerium in den 1970er-Jahren durchgeführt: „Systemanalyse des österreichischen Gesundheitssystems“, „Verwaltung in der Demokratie“, „Das österreichische Agrarsystem“. Vgl. Sickinger 2004, 38f. und König, Kreisky 1997, 118.

LITERATURVERZEICHNIS

- Benz, Athur/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis* (2007). Einleitung, in: *Athur Benz/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis* (Hg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden, 9–25.
- Berbner, Bastian* (2011). Wissenschaftler fürs Große und Ganze. Je komplexer die Nachrichtenlage wird, desto wichtiger sind jene, die sie erklären können: Politologen, in: *Die Zeit*, 1.6. 2011, 77.
- Brand, Ulrich* (2010). Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, 6, 36–43.
- Ehs, Tamara* (2010). Über die Ursprünge österreichischer Politikwissenschaft. Ein Blick zurück im Bologna-Jahr 2010, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(2), 223–242.
- Frey, Bruno S.* (2010). *Withering Academia?*, CESifo Working Paper 3209. Internet: <http://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/docs/1/1185218.pdf> (6.8. 2011).
- Fröschl, Erich/Helmut Kramer/Eva Kreisky* (Hg.) (2007). *Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik*, Wien.
- Geertz, Clifford* (1996). *Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts*, Wien.
- Horkheimer, Max* (1937/1992): *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*. Frankfurt am Main, 205–259.
- Horn, Klaus* (1981). Kritische Bemerkungen: Identität an der Universität als politisches Problem, in: *Zeitschrift für Hochschuldidaktik, Sonderheft 5*, 47–61.
- König, Thomas* (2010). Die Geschichte der Disziplin Politikwissenschaft im Verhältnis zu österreichischer Forschungspolitik und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in: *Peter Biegelbauer* (Hg.): *Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems*, Innsbruck/Wien/Bozen, 223–257.
- König, Thomas* (2011). Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 40(1), 81–89.
- König Thomas/Eva Kreisky* (2007). Bedingungen kritischer Wissenschaft in Österreich, in: *Oliver Brüchert/Alexander Wagner* (Hg.): *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*, Marburg, 115–131.
- Kramer, Helmut* (2002). Wie Neues doch entstanden ist. Zur Gründung und zu den ersten Jahren des Instituts für Höhere Studien in Wien, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Vol. 13(2), 110–132.
- Kreisky, Eva* (2011). „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Aspekte der Theoriearbeit in der Politikforschung, in: *Eva Kreisky/Marion Löffler/Georg Spitaler* (Hg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*, Wien (im Erscheinen).
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer* (1997). Einführung, in: *Eva Kreisky/Birgit Sauer* (Hg.): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt am Main/New York, 9–16.
- Krippendorff, Ekkehart* (1999). Unzufrieden. 40 Jahre politische Wissenschaft. Abschiedsvorlesung, Freie Universität Berlin, 8. Juli 1999. Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~kpdf/texte/unzufrieden.htm> (6.8. 2011).
- Mayntz, Renate* (2009/2001). Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, in: *Renate Mayntz* (Hg.): *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*, Frankfurt am Main, 29–40.
- Mayntz, Renate* (2009/2005). *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie*, in: *Reante Mayntz* (Hg.): *Über Governance*, Frankfurt am Main, 41–52.
- Narr, Wolf-Dieter* (1999). Politikwissenschaft als Beruf, den wir mein(t)en. Offener Brief an Ekkehart Krippendorff, in: *Thomas Greven/Oliver Jarasch* (Hg.): *Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen*, Frankfurt am Main 1999, 20–37.
- Pelinka, Anton* (1995). Fluch und Segen der Normalität. Zur Situation der Politikwissenschaft in Österreich, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 24(3), 347–352.
- Pelinka, Anton* (2004). Politikwissenschaft, kritische Öffentlichkeit und Politik, in: *Helmut Kramer* (Hg.): *Demokratie und Kritik. 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich*, Wien, 99–111.
- Schüle, Johann August* (2000). *Soziologie in Österreich – österreichische Soziologie? Bemerkungen zur Entwicklung*

der Soziologie in einer „peripheren“ Gesellschaft, in: Eva Kreisky (Hg.): Von der Macht der Köpfe. Intellektuelle zwischen Moderne und Spätmoderne, Wien, 156–179.

Sickinger, Hubert (2004), Die Entwicklung der österreichischen Politikwissenschaft, in: Helmut Kramer (Hg.): Demokratie und Kritik. 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich, Wien, 27–69.

Welan, Manfred (1992). Die österreichische Politikwissenschaft von innen und von außen, wie ich sie sehe, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 21(4), 445–452.

AUTOREN

Ulrich BRAND ist Univ.-Prof. für internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Neues Institutsgebäude, Universitätsstraße 7/2, Stock, A-1010 Wien

E-Mail: ulrich.brand@univie.ac.at

Helmut KRAMER ist Univ.-Prof. i.R., Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Neues Institutsgebäude, Universitätsstraße 7/2, Stock, A-1010 Wien

E-Mail: helmut.kramer@univie.ac.at



Karl Ucakar, Stefan Gschiegl

Das politische System Österreichs und die EU

2., akt. Auflage

facultas.wuv 2010, 256 Seiten

ISBN 978-3-7089-0560-0

EUR (A) 16,90/EUR (D) 16,40/sfr 23,90

Der Band erläutert das politische System Österreichs in historischer, verfassungsrechtlicher und theoretischer Hinsicht und zeigt seine Verbindungen mit dem europäischen Mehrebenensystem auf. Gegenstand der Darstellung sind die Entwicklung der Demokratie, die Bundesverfassung, die Volkssouveränität als Legitimationsgrundlage des politischen Systems, die Institutionen und Verfahren von Gesetzgebung und Exekutive sowie die rechtliche Kontrolle der Politik durch Verfassungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof. Weiters behandeln die Autoren die Geschichte und Entscheidungsprozesse der EU und skizzieren ausgewählte Staats- und Gesellschaftstheorien von Aristoteles bis Habermas.





migraLex

Zeitschrift für Fremden- und
Minderheitenrecht

Herausgeber:

o.Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer,
Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner,
Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin
und
Univ.-Prof. DDr. Christoph Grabenwarter

Schriftleitung:

ao.Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.J.C.,
ao.Univ.-Prof. Dr. Gerhard Muzak

Kostenloser Email-Newsletter! Anmeldung auf
www.migralex.at

migraLex informiert praxisnah und umfassend über alle Neuerungen auf den in der Praxis immer bedeutender werdenden Rechtsgebieten Fremden- und Asylrecht, Minderheitenrecht, Ausländerbeschäftigungsrecht, Staatsbürgerschaftsrecht u.v.m. in Form von Beiträgen, einem ausführlichen Judikaturteil mit den wichtigsten einschlägigen Entscheidungen samt Entscheidungskomentaren und Hinweisen auf die aktuelle Gesetzgebung und Literatur.

ISSN: 1727-057X

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Preise: Jahresabo EUR 33,-, Einzelheft EUR 12,-

Homepage: www.migralex.at

Bestellen Sie jetzt gleich Ihr Abo unter 0043 (1) 310 53 56, office@facultas.at
oder www.facultas.at/zeitschriften.